

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»



Kabul has fallen

2

Zürich lässt sich vom Land verköstigen

15

Nein zu Steuermilliarden für Medienmillionäre!

18



Weniger Naivität im Umgang mit China!

Kabul has fallen

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Mitten in der Lethargie des Sommers wird die Welt überrascht. Innerhalb von nur sechs Tagen fällt ganz Afghanistan, inklusive die afghanische Hauptstadt Kabul, in die Hände der von China unterstützten islamistischen Taliban-Milizen. Sämtliche Einheiten des nordamerikanischen Militär- und Nachrichtendienstes versagen kläglich.



Wie ein schlechter Film endet die Präsenz der Amerikaner in Kabul: Per Hubschrauber werden die Mitarbeitenden der US-Botschaft mitten in einem unbeschreiblichen Chaos vom Dach des Gebäudes zum Flughafen evakuiert.

Während des Falls von Saigon nach dem Vietnamkrieg im Jahr 1975 spielten sich haargenau die gleichen Szenen ab. «Tiger, Tiger, Tiger» – die codierte Durchsage des Hubschrauber-Piloten für «US-Botschafter samt Flagge an Bord» beenden zwanzig Jahre Präsenz der Amerikaner in Afghanistan. Ironie der Geschichte: Derselbe Hubschraubertyp wurde damals auch in Saigon eingesetzt. Afghanistan zeigt, wie der geostrategische Verteilungskampf momentan ausgeht: Für China die Rohstoffe, für Europa die Flüchtlinge, für die USA die Schmach der Niederlage. Dies kann so nicht auf Ewigkeit weitergehen.

Die Falle von Thukydides: Athen gegen Sparta

Der griechische Historiker Thukydides beschrieb im 5. Jahrhundert vor Christus, was geschieht, wenn eine

Churz & Bündig

Yvonne Feri, Aargauer SP-Nationalrätin und selbsternannte «Gesundheitspolitikerin», verlangt von allen Firmen, sie müssten jene Zeit, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fürs gratis Geimpft-Werden zu opfern hätten, vollumfänglich als Arbeitszeit anerkennen, also entlohnen. Ganz nach dem Genossen-Motto: Ich tue nur dann etwas für meine persönliche Gesundheit, wenn mich mein Arbeitgeber dafür voll bezahlt.

*

Die landesweit lancierte Gratis-Impfkampagne würde die hier weilenden Migrantinnen nicht erreichen, lamentieren die Funktionäre der Asyl- und der Gesundheitsbürokratie. Und es brauche viel mehr Betreuer, fordern sie. Die dann auch bloss lamentieren und weitere Betreuer verlangen – auf dass die Asylindustrie immer grösser und immer teurer werde, in ihrer Ineffizienz aber wohligh verharre.

us

aufsteigende Macht die bisherige Vormacht einer andern Grossmacht zu überholen droht: «Es waren der Aufstieg Athens und die Furcht, die das in Sparta auslöste, was den Peloponnesischen Krieg unausweichlich machte.» Graham Allison von der Universität Harvard hat anhand des Thukydides sechzehn verschiedene historische Rivalitäten der letzten 500 Jahre untersucht und ist zum Schluss gekommen, dass nur in vier Fällen kein Krieg ausbrach. Daraufhin schrieb er das Buch «Können Amerika und China der Thukydides-Falle entkommen?» Die Antwort vorweg: eher nicht.

Seit China im Jahr 1978 unter Deng Xiaoping die Wirtschaftsreform einläutete, fand ein unaufhaltsamer Aufstieg statt. Von einem bitterarmen Entwicklungsland hat sich China zu einer wirtschaftlichen Supermacht entwickelt. Mit einem Anteil von 15 Prozent an der Weltwirtschaft im Jahr 2017 lag China auf Platz zwei hinter den USA mit 24 Prozent. Im Jahr 2050 wird China wohl die Nummer eins sein. Eine derartige Verschiebung der wirtschaftlichen Gewichte hat stets politische Auswirkungen auf der Weltbühne.

China investiert massiv in militärische Schlagkraft

Seit 1995 hat China seine Militärausgaben um das 14-fache erhöht. Es investiert massiv in den Aufbau einer schlagkräftigen Kriegsflotte. Der ehemalige Nato-Oberbefehlshaber, ein US-Admiral namens John Stavridis, geht davon aus, dass China in den nächsten zehn Jahren über mehr Schiffe verfügen wird als die USA.

China investiert auch intelligent in neue militärische Technologien wie Ultraschallraketen, Mikro-Angriffs-



roletto 

BIKES & SPORT AG

Das grösste Bike-Center weit und breit

- Reparaturannahme aller Marken
- Riesengrosse Auswahl
- Velo Bekleidung ab Fr. 20.–
- Textilstickerei – Tel. 044 784 80 67

Stark auf E-Bikes

8834 Schindellegi • Tel. 044 784 80 80 • www.roletto.ch

drohnen und eine Cyber-Armee, welche verheerende, von künstlicher Intelligenz gesteuerte Hackerangriffe auf fremde Staaten durchführen kann. Hackerangriffe welche Elektrizitätsnetze zusammenbrechen lassen, Spitäler lahmlegen und internationale Zahlungssysteme ins Chaos stürzen können.

China hat zugeschaut, wie sich die USA in Irak und Afghanistan eine blutige Nase geholt hat – und hat daraus gelernt. Der künftige Grosse Krieg wird sich anders abspielen müssen. Dermassen anders, dass niemand darauf vorbereitet ist – ausser China.

Die Zukunft ist nicht die Gegenwart

Wer hätte sich jemals vorstellen können, dass eine Gruppe von Saudi-Terroristen mittels Flugzeugen das World Trade Center in New York zum Einsturz bringen könnte? Wer hätte an Weihnachten 2019 geahnt, dass sich die Welt ein paar Monate später im Chaos einer rational nicht fassbaren Pandemie befinden würde?

Ein Grossteil der Menschen denkt, die Zukunft sei ähnlich wie die Gegenwart, doch sie irren sich. Wir müssen lernen, asymmetrisch zu denken und auch die unwägbarsten Szenarien in Betracht ziehen, insbesondere, wenn es um China geht und das chinesische Streben nach einer Weltvorherrschaft.

**Milliarden ohne
Gegenleistung**
cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



LACHEN VERBOTEN!



Bin ich noch Zürcher? (II)

Ich will keinen Gratis-ÖV, keine Gratis-Badis und keine Gratis-Kitas.

Ich bin gegen Sozialhilfemissbrauch und gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Ich bin gegen unbewilligte Velo-Demos.

Und ich schätze die Arbeit der Polizei.

Bin ich noch Zürcher?

(zugesandt von René Hildbrand)

Auch sollten wir endlich begreifen, dass China eine solche Weltvorherrschaft wirklich will – anders lässt sich die massive militärische Aufrüstung und die gezielte Expansion des Machtanspruchs nicht erklären.

Multilaterale Feindschaften

China hat sich am Himalaya mit Indien angelegt, im Südchinesischen Meer mit den Philippinen, im Chinesischen Meer mit Japan, und es droht Australien offen wegen dessen Bereitschaft, im Falle einer Invasion von Taiwan einzugreifen.

Fortsetzung auf Seite 5



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loitzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



Ebenso wurden kanadische Geiseln genommen, um die Herausgabe der verhafteten Huawei-Erbin durchzuboxen. Ausserdem hat sich China mit dem hinterhältigen Gebahren in Sachen Sars-Covid-19 mit dem ganzen Globus angelegt. Man bemerke: Diese multilateralen Feindschaften sind dem chinesischen Regime egal, denn es strotzt nur so vor Aggressivität und Selbstvertrauen.

Wissen, wo man steht

Die Schweiz ist neutral und muss dies auch in Zukunft bleiben. Die Schweiz sollte sich jedoch kritisch mit den grundsätzlichen Parametern einer Beziehung zu den zwei Supermächten China und USA auseinandersetzen. China ist weder eine Demokratie noch ein Rechtsstaat, dies wurde mehrmals im Laufe der letzten Jahre bewiesen.

So sah sich der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) gezwungen, vor der Infiltration von chinesischen Spionen an Schweizer Universitäten in Form von chinesischen Studenten, Doktoranden und Wissenschaftlern zu warnen. China geht sehr raffiniert vor, um die Früchte von Schweizer Forschung und Entwicklung auf illegale Art und Weise abzusaugen.

Es ist daher ratsam, die enorme Naivität im Umgang mit China abzulegen und eine kritische Distanz einzunehmen. Dieselbe kritische Distanz, welche im Umgang mit der Supermacht USA bestehen sollte.

Isabel Villalon

«Das aktuelle Zitat»

«Die deutsche Energiewende ist ein Mythos, eine ‚grosse Erzählung‘, die von Wunschenken geprägt ist. Statt Lieblingstechnologien zu hofieren, sollte nach den kostengünstigsten Alternativen gesucht werden, um eine sichere Energieversorgung zu geringen Systemkosten zu erreichen.»

Frank Henning, Diplomingenieur,
«Junge Freiheit», 6. August 2021

Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Funktionärsarroganz



Bundesbern wollte die Tatsachen eigentlich verschweigen. Trotzdem wurde – auch dank der Schweizerzeit – im vergangenen Winter allmählich ruchbar, dass in Seniorenheimen arbeitendes, aus Kosovo stammendes Personal auch dann noch vollumfängliche Reisefreiheit genoss, als Corona in davon betroffenen Altersheimen vielfach tödliche Spuren hinterliess.

Personenfreizügigkeit ist für Bundesberns Funktionäre ein Fetisch – und geniesst Vorrang vor allem andern. Sie wurde auch gegenüber den von Corona stark betroffenen Balkan-Staaten eisern aufrechterhalten – Ansteckungswelle in hiesigen Seniorenheimen hin oder her. Bundesrat Berset's Gesundheitsfunktionäre nahmen's hin.

Und nicht einmal Lehren wurden aus dieser skandalösen Fehlleistung des letzten Winters gezogen.

Derzeit wecken angeblich steigende Fallzahlen, angeblich zunehmende Belastung von Intensivstationen in den Spitälern neue Einsperr- und Schikanegelüste in der Berner Funktionärsbürokratie. Und wieder schweigt Bundesbern eisern zu den geographischen Zusammenhängen, denen die angeblich «vierte Corona-Welle» in der Schweiz unterliegt. Behandelnde Ärzte haben die Tatsachen schliesslich durchsickern lassen: Bei den von Corona neu betroffenen Spitalpatienten handelt es sich grösstenteils – in einzelnen Spitälern gar ausschliesslich – um Kosovo-Rückkehrer, die ihre Sommerferien in ihrem Herkunftsland verbracht haben.

Ihretwegen bleibt die Maskenpflicht unangetastet – für die ganze Bevölkerung! Ihretwegen wird indirekte Zwangsimpfung herbeigeredet. Ihretwegen werden neue Quarantäne-Androhungen laut. Und Bundesrat Berset, seinem Funktionärsapparat unterworfen, erfindet dafür ausschweifende «Begründungen».

In dieses verantwortungslose Funktionärsdiktat platzt Ständerat Marco Chiesas den SVP-Delegierten vermittelte Information, wonach im Kanton Bern – Hauptprofiteur des innerstaatlichen Finanzausgleichs – alle Staatsangestellten seit Jahren verbilligtes Benzin an einer ganz bestimmten, gut getarnten Tankstelle beziehen können: Verdeckte Lohnzulage für ebenso einsperrbegierige wie unverfroren arrogante Funktionäre – stillschweigend geduldet von Politikern.

Wie lange noch?

Ulrich Schliuer

Spalte
rechts

exomonte[®]
NATÜRLICH GESUND



TESTSIEGER

Murmeltiersalbe Vergleich 2017

1,3 sehr gut

Details zum Vergleich finden Sie unter:
www.vergleich.org/murmeltiersalbe



MURMELTIERSALBE

Ihren Muskeln und Gelenken zuliebe!

Ein bewährtes Traditionseinreibungsmittel aus der Natur.

Seit Jahrhunderten spielt das, aus dem Fett des Murmeltieres, gewonnene Öl eine sehr bedeutende Rolle für uns Menschen. Das sehr wasserarme Fett (10-12%) ist reich an Vitamin D und E. **Durch seine physikalischen und chemischen Eigenschaften kann das Fett der Murmeltiere eine sehr vielseitige Verwendung bei verschiedensten Beschwerden wie z.B.: bei strapazierten Gelenken, Muskelverspannungen im Bereich der Halswirbel, Schultern, Ober-, Unterarme und Beine, sowie bei Gicht, Arthrose, Rheuma und Bandscheibenleiden, Gelenksbeschwerden und Entzündungen, finden.** Die einmassierten Stellen können gelockert und erfrischt, sowie die Durchblutung der Haut aktiviert werden, was wiederum die natürliche Regeneration fördern kann.

Anwendung: Tragen Sie 2-mal täglich die Salbe auf die betreffende Stelle auf und massieren Sie diese leicht in die Haut ein. Bei einer Anwendungsdauer von längstens 3 Wochen - 1 Woche aussetzen.

Warnhinweis: Vermeiden Sie, dass die Salbe auf offene Wunden, Schleimhäute oder in die Augen gelangt. Bei Auftreten von allergischen Reaktionen - die Anwendung absetzen. Für Säuglinge und Kleinkinder nicht geeignet.



MANDARIN BALSAM

Muskel-, Sport- & Gelenksbalsam mit chinesischem Minzöl

Unser MANDARIN Muskel-, Sport- und Gelenksbalsam wird mit hochwertigen ätherischen Ölen aus Wildwuchs bzw. kontrolliert biologischem Anbau hergestellt. Er eignet sich besonders zur Sportmassage bei Überanstrengung des Bewegungsapparates, da er vorwiegend zur Lockerung der Muskulatur eingesetzt wird. Die Durchblutung der Haut wird angeregt und das Wohlbefinden gesteigert.



KARTOFFELBALSAM

Pflegebalsam zum Schutz Ihrer Haut

Unser Kartoffelbalsam macht die Haut weich und geschmeidig und spendet der strapazierten Haut Feuchtigkeit. Bei ausgelaugter, spröder, trockener oder schuppiger Haut wird die natürliche Schutzhülle wieder aufgebaut. Der Balsam zieht schnell ein und fettet nicht. Zusätzlich enthält unser Kartoffelbalsam wohltuende Wirkstoffe der Ringelblume und Arnika.

Anwendung: Auf beanspruchte Haut auftragen und leicht einmassieren - dient zur Hand-, Fuß- und Ganzkörperpflege.

exomonte[®]
NATÜRLICH GESUND

www.exmonte.ch

HOTLINE: 079 / 510 08 08
Email: exmonte@bluewin.ch

Falsche «Ausgewogenheit»

Zensur der Guten

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die kleine Schwester von «Woke» heisst «Ausgewogenheit». Wir erklären, wie die Zensur der Guten funktioniert.



«Woke» ist die Guillotine der Guten und zielt darauf ab, nicht genehme Menschen politisch, sozial und wirtschaftlich zu zerstören. Die kleine Schwester von Woke nennt sich harmlos «Ausgewogenheit». Sie ist zwar weniger brutal, aber ebenso totalitär wie ihre hässliche Schwester.

Nur noch «wissenschaftlich erhärtete» Wahrheit?

Eigentlich wäre es die hehre Pflicht der Medien, als vierte Gewalt im Staate kritisch zu sein. Sachverhalte sollten ausgewogen und neutral dargestellt werden, indem man beide Seiten zu Wort kommen lässt. Anhand von Rede und Gegenrede soll der Medienkonsument entscheiden, was ihn mehr überzeugt. Doch die Zeiten ausgewogener Berichterstattung scheinen vorbei zu sein. Künftig soll in der Berichterstattung über Covid, das Klima oder andere strittige Themen nur noch die «wissenschaftlich erhärtete» Wahrheit verbreitet werden dürfen, findet SRF. Ansonsten werde die «ideologische Voreingenommenheit» des Publikums gestärkt. Ein Beispiel sei die Berichterstattung zu Covid-19, bei der durch die «falsche Gewichtung wissenschaftlicher Ergebnisse und Einschätzungen» gewisse Zeitgenossen – darunter auch der Schreibende – zum Schluss gekommen seien, dass von einer Pandemie nicht die Rede sein könne.

Verschwindend wenig Skepsis

«Ausgewogenheit» heisst also, dass «falschen» Ansichten kein Raum mehr gegeben wird. Nun ist es ja nicht so, dass zum Beispiel Corona-Massnahmenskeptikern in den Staatsmedien zu viel Raum gegeben wurde – im Gegenteil. Michael Bolliger, stellvertretender Chefredaktor von Radio SRF, schreibt selber: «Seit Februar 2020 hat Radio SRF geschätzt über tausend Sendungen und Beiträge zur Pandemie produziert (...). Insgesamt war die Zahl skeptischer Stimmen in den sechzehn Monaten in unseren Formaten verschwindend klein.» Aber selbst eine «verschwindend kleine» Anzahl skeptischer Stimmen ist für den Chef des Staatsradios noch zu viel. Ausgewogenheit sei «ein Thema, das den Journalismus mehr als kümmern muss. Die BBC ist für uns in diesem Punkt seit Jahren ein Referenzwert, zum Beispiel auch in der Klima-Berichterstattung.» Die BBC – einst Hort und Hüter des freien Wortes – hat schon lange verfügt, dass es für Abweichler keine Sendezeit mehr gibt, und SRF hat dieses Diskurs-Verbot übernommen. Und so wird verlangt, dass «falsche Meinungen» aus Publikationen, Fernsehsendungen und

Gesprächsrunden verbannt werden. Es soll also eine Mehrheit von Experten bestimmen, was richtig und falsch ist.

Verdeckte politische Agenda

Meist werden wissenschaftliche oder wissenschaftlich wirkende Informationen ja bloss vorgeschoben, um eine verdeckte politische Agenda zu verfolgen. Doch auch wenn das Konzept ernst gemeint wäre, so ist es Unsinn, und vor allem totalitär: Mehrheitsmeinung und wissenschaftlicher Konsens muss nicht notwendigerweise die Wahrheit abbilden. Das Problem ist, dass in vielen Köpfen eine falsche Vorstellung von Naturwissenschaft herumspukt – dass «die Wissenschaft» die Wahrheit über Corona, das Klima, Rassismus oder was auch immer liefern könne. Experten sollten nicht zu Hütern der Wahrheit überhöht werden, und Konsens ist seltener, als viele meinen. Ergo können hundert Wissenschaftler irren und einer richtig liegen.

Ist die Erde eine Scheibe?

Beispiele dazu gibt mehr als genug: So glaubten Wissenschaftler im Mittelalter, man könne aus Dreck Gold machen. Später waren sie felsenfest davon überzeugt, dass die Konturen des Schädels Auskunft über den Charakter des Menschen Auskunft geben würden. Hätte man das nun propagierte Prinzip der (falschen) «Ausgewogenheit» schon früher angewandt, so würden wir heute noch glauben, die Erde sei eine Scheibe.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Bei jenen, die jetzt als Corona-Patienten Spitalbetten beanspruchen, handle es sich vor allem um aus den Ferien in ihrem Herkunftsland zurückkehrende Kosovaren, nicht um hier Infizierte. Das lassen Spitalärzte – teils allerdings hinter vorgehaltener Hand – die Öffentlichkeit wissen. Das war schon letztes Jahr nicht wesentlich anders. Trotzdem will Bundesrat Berset an seiner «Gegenstrategie» festhalten und Schweizerinnen und Schweizer gängeln und einsperren. Kompetentes Krisenmanagement!

*

Aus Afghanistan – dies zeigen TV-Reportagen – werden derzeit vor allem junge Männer ausgeflogen. Die Frauen, liest man, müssten zurückbleiben. Daraus könnten selbst rot-grüne Genossinnen und Genossen ableiten, dass die meisten derer, die nach Westeuropa drängen, keineswegs Flüchtlinge, vielmehr Profiteure sind.

us

Leserbriefe

Die «Ehe für alle» widerspricht der göttlichen Schöpfung

Die Abstimmung am 26. September 2021 wird zeigen, zu wieviel Prozent wir noch von einer christlichen Schweiz sprechen können. Denn diese Vorlage widerspricht der göttlichen Schöpfungsordnung völlig. Leider kehren sich viele von den christlichen Glaubenswahrheiten ab und sind dadurch umso empfänglicher für «Errungenschaften» wie etwa die Urknall-Lehre oder Darwins Evolutionstheorie. Andere fürchten sich vor Diskriminierungen und wollen sich nicht gegen den allgemeinen Mainstream auflehnen. So kommt es, dass man jegliche Gottesbezüge – etwa die Präambel in unserer Bundesverfassung oder unsere tiefgläubige Landeshymne – als störend empfindet und sie abschaffen möchte. Bereits im Alten Testament lesen wir über das Verderben der gottlosen Menschen; nicht anders wird es auch heute sein.

Gret Ferndrigger-Girardin, Boppelsen ZH

Es geht um unsere Kinder

Wenn es nicht um unsere Kinder ginge, könnte man darüber lachen – nämlich über den Versuch, die Natur zu überlisten durch das «Jetzt-erst-recht»-Phänomen, das wir in der Werbepsychologie als «Reaktanz» kennen und ausnützen: Das Begrenzte oder gar das Unmögliche wird gerade wegen dessen Entzug zum Allerbegehrtesten! Die betroffenen ein bis zwei Prozent, bei denen sich das richtige sexuelle Begehren im falschen Körper entwickelt, haben nur

«Es sagte» ... Wettbewerb (Lösung)

In der «Schweizerzeit» vom 13. August 2021 haben wir gefragt: Von wem stammt die folgende Aussage?

<<AN TAGEN WIE DIESEN, WO ES GRAU IST, DA HABEN WIR NATÜRLICH VIEL WENIGER ERNEUERBARE ENERGIEN. DESWEGEN HABEN WIR SPEICHER. DESWEGEN FUNGIERT DAS NETZ ALS SPEICHER. UND DAS IST ALLES AUSGERECHNET.>>

Diese Aussage stammt von:

- A Armin Laschet, Kanzlerkandidat der CDU
- B Olaf Scholz, Kanzlerkandidat der SPD
- C Annalena Baerbock, Kanzlerkandidatin der Grünen
- D Alice Weidel, Spitzenkandidatin der AfD

Die richtige Lösung lautet:

- C Annalena Baerbock

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer) eingeladen.

Wenn Menschen gottlos werden ...

dann sind Regierungen ratlos, Lügen grenzenlos, Schulden zahllos, Besprechnungen ergebnislos, dann ist die Aufklärung hirnlos, sind Politiker charakterlos,	Christen gebetslos, Kirchen kraftlos, Völker friedlos, Sitten zügellos, Mode schamlos, Verbrechen masslos, Konferenzen endlos, Aussichten trostlos. <i>Antoine de Sainte Exupéry</i>
---	--

zwei Möglichkeiten, darauf zu reagieren: Sie können es verdrängen, sich anpassen und leiden – oder sie können es im Gegenteil kompensieren durch Wiederherstellen einer unmöglichen oder eingebüsstten Freiheit, «die der verlorenen möglichst ähnlich sieht»! Es genügt also den Betroffenen nicht, dank der Institution der eingetragenen Partnerschaft ihre zivilrechtliche Gleichstellung erreicht zu haben – nein, sie versuchen zwanghaft, das Unmögliche möglich zu machen: Sie verlangen die Ehe für alle – um so die Tür aufzustoßen für die freie Adoption, die Samenspende für alle, für die Leihmutterchaft. Dabei werden die Kinder vergessen – und ihr Recht auf ein neutrales soziales Umfeld in ihrer Individuation! Die 98 bis 99 Prozent der Kinder, die das richtige Gefühl im richtigen Körper entwickeln könnten, werden einem sozialen Vorbild mit einer falschen Weichenstellung ausgesetzt. Es ist der bewusste oder unbewusste Versuch, die Natur zu überlisten.

Oskar B. Camenzind, Brunnen SZ

So wird man «Experte»

Wie wird man von den Massenmedien als «Experte» ausgewählt? Braucht es dazu einen speziellen Leistungsnachweis und besondere Glaubwürdigkeit? Weit gefehlt! Medienredaktionen erklären jene Personen zu «Experten», die dank überzeugendem Auftreten genau die Botschaften verkünden, welche die Medienredaktionen mitteilen wollen. «Experten» müssen also nicht relevante Personen sein, sondern Darsteller, welche genau das sagen, was die Medienredaktionen übermitteln wollen. Als Medienkonsument setzt man sich stets intensiv mit den veröffentlichten Berichten auseinander. Dass jedoch die Aussagen von der Medienredaktion orchestriert werden, realisiert man nicht. Aktuelles Beispiel: Marko Kovic. Er wird so lange als «Experte für Verschwörungstheorien» dargestellt, bis er nicht mehr das sagt, was die Massenmedien verkünden wollen. Dann wird er still und heimlich durch einen genehmen «Experten» ersetzt.

Konrad Rüegg, Benken SG

Das Debattieren verlernt

Anian Liebrand («Schlusspunkt» vom 13.8.2021) hat recht. Gewisse Gruppierungen haben das Debattieren verlernt. Sie sind unter sich und wännen sich als Vorreiter eines Meinungsmonopols – andere Meinungen darf es nicht mehr geben und müssen ausgemerzt werden. Die sozialen Medien, die nur unter sich kommunizieren, verstärken das Ganze noch. Ob Greta-Anhänger, LGBT-, EU- oder Migrations-Turbos («kein Mensch ist illegal») – alle haben das Gefühl, dass ihre Wahrheit die echte Wahrheit sei. Und so wird demonstriert, es wer-

den Eingänge von Banken oder Strassen gesperrt, um endlich einen «Umschwung» erzwingen zu können. Und diesem «Umschwung» soll sich die Mehrheit gefälligst fügen. Diese Kreise haben die Demokratie und das Debattieren verlernt – und schlussendlich verlieren sie auch noch die Contenance.

Andreas Ungricht, alt Grossrat, Basel

10'000 Afghanen aufnehmen?

Die Schweiz soll 10'000 Afghanen aufnehmen, fordern linke Politiker. Warum denn? Den Krieg haben die USA angezettelt – nicht die Schweiz – und ihn nicht zu Ende geführt. Das Ergebnis haben wir jetzt. So haben die USA die Verpflichtung, sich um die Flüchtlinge zu kümmern. Die Schweiz hat bereits früher Tausende von Afghanen aufgenommen, die sie jetzt integrieren muss. Sie kann und muss nicht die ganze Welt retten. Sinnvoll ist es, wenn wir humanitäre Hilfe in der Region leisten, u.a. in Pakistan, wo bereits Hunderttausende von afghanischen Flüchtlingen leben. Deutschland hat grösste Probleme mit den jungen Afghanen. Die meisten haben ihr Geburtsdatum gefälscht, um als «Jugendliche» bevorzugt aufgenommen zu werden, viele sind kriminell. Im Übrigen ist kürzlich bekannt geworden, dass der afghanischen Armee die Rekruten fehlten – warum wohl?

Maxi Langenmayr Strehle, Eichberg SG

Den Rechtsstaat Schweiz durchsetzen!

Gut, dass die «Schweizerzeit» (Barbara Steinemann, SZ Nr. 15) einmal mehr den Skandal um den Imam Abu

Ramadan in der Bieler Ar'Rahman Moschee anprangert. Diesem Hetzer ist zwar sein Asylrecht entzogen worden, er hat aber seit 1998 über 800'000 Franken an Sozialunterstützung und AHV ertragen. Zudem hat dieser Hassprediger zum Jihad und zur Steinigung von Ehebrecherinnen aufgerufen. Solche Fanantiker und generell Leute mit islamistischem Hintergrund und terroristischen Verbindungen haben ihr Aufenthaltsrecht in der Schweiz verwirkt und müssen ausgeschafft werden. Es gilt Zeichen zu setzen für den Rechtsstaat Schweiz und für unsere Werte.

Roger E. Schärer, Stäfa ZH

Nein zum Impfzwang!

Es darf niemand als «aussätzig» und «zweitklassig» behandelt werden, wenn sein persönlicher Impf-Entscheid «Nein» heisst. Wir bleiben einander gegenüber umsichtig, gerade weil wir frei und selbstverantwortlich sind. Wie lassen uns auch im kommenden Herbst und Winter nicht erneut ins Bockshorn jagen: Einschränkungen, die man uns auferlegt, werden wir noch stärker hinterfragen. Es sind unrechtsstaatliche Allüren, wenn Regierungen dauernd Schuldgefühle gegenüber Nicht-Geimpften schüren. Die Volksinitiative «Stopp Impfpflicht» fordert in der Verfassung, dass niemandem, der die Impfung ablehnt, soziale und berufliche Benachteiligungen entstehen.

Marcus Stoercklé jun., Basel

Anzeige



Lassen auch
Sie sich schnell
und ohne
Voranmeldung
gegen Covid-19
impfen.

ag.ch/coronavirus-impfung



Haarscharf ist die Schweiz vor knapp zwanzig Jahren darum herumgekommen, nicht auch ins Desaster von Afghanistan verwickelt zu werden. Nur der damals – nach Ausrufung des «Kriegs gegen den Terror» kurz nach der Jahrtausendwende – unbeugsame Widerstand der SVP (teilunterstützt von der Linken) hinderte Bundesbern daran, sich auch mit Schweizer Truppen ins unbedachte, fahrlässig auf «ein paar Wochen» eingeschätzte Afghanistan-Abenteuer zu verstricken. Wäre dies damals nicht verhindert worden, wäre unser Land heute im gleichen Schlamassel wie die USA, wie Deutschland und weitere «Interventionisten».

Akzent

Samuel Schmid, damaliger VBS-Chef, musste sich damit abfinden, in eigener Kompetenz eine Handvoll Offiziere im Schlepptau der Deutschen nach Afghanistan zu entsenden – vermeintlich ein erster Schritt, den er allerdings etwas später kleinlaut wieder rückgängig gemacht hat.

Der militärische Interventionismus («Man muss zur Krise gehen, sonst kommt die Krise zu uns», lautete damals die unsäglich kurzsichtige, auch vom Bundesrat verbreitete Begründung für fahrlässig unbedacht erfolgte Truppenentsendungen) hat im Irak, in Syrien und jetzt auch in Afghanistan im Desaster geendet. Die Taliban – und in ihrem Schlepptau der islamistische Terror – sind heute stärker denn je. In Deutschland wurde der Bundeswehr-Einsatz gar mit dem – jahrelang auch von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen nachgepredigten – unsäglich oberflächlich-dummen Propaganda-Slogan verkauft, Deutschland (und Europa) müsse «am Hindukusch verteidigt werden». Lediglich Särge wurden aus Kunduz ins Heimatland zurückspediert. Von Sieg am Hindukusch keine Rede! Die damals der leichtfertigen Krisenbegeisterung von der SVP entgegengestellte Warnung hat sich geradezu brutal bewahrheitet: «Wer kopflos an einen Krisenschauplatz rennt, importiert die Krise ins eigene Land!».

Flüchtlingsströme, zusammengesetzt aus echt Verfolgten, deutlich sichtbar in Fernsehsendungen vor allem aber aus jungen Männern, welche die in Westeuropa vermuteten

Paradiesfrüchte ohne Eigenleistung glauben miternten zu können, dominieren die Berichterstattung. Dass sich unter die von niemandem kontrollierten Migranten auch Infiltranten des Terrorismus mischen, bleibt unerwähnt.

*

Dazu muss gelten: Diejenigen, die die unbedachte, voraussehbar im Desaster endende Militär-Intervention losgetreten haben und die sie jetzt Hals über Kopf wieder abbrechen: Diese Staaten – allen voran Präsident Bidens USA – tragen die uneingeschränkte Verantwortung für die von ihnen aus politischer Blindheit verschuldeten Flüchtlingsströme. Dass die hiesige, wenig taugliche, stets nach Aufblähung der eigenen Bürokratie gierende Asylindustrie, von den links-grünen Nichtstuern im Parlament lauthals unterstützt, Zehntausende aus Afghanistan in die Schweiz lotsen wollen, dem ist allein schon deshalb entschieden entgegenzutreten, weil diese vielköpfige Asylindustrie bezüglich Integration insbesondere von Afghanen nichts, aber auch gar nichts erreicht hat – möglicherweise auch gar nichts erreichen wollte.

Verantwortung

Man müsse zugunsten der von den Taliban bedrohten Frauen all unsere Türen öffnen, lamentieren einige rot-grüne Stadtpräsidenten. Warum bleiben in diesem Zusammenhang eigentlich die arabischen bzw. muslimischen «Bruderländer» der Afghanen so plakativ unerwähnt? Sind arabische und muslimische Staaten von humanitärer Verantwortung gegenüber bedrohten Glaubensbrüdern und -schwestern grundsätzlich befreit?

*

Die Schweiz hat sich – dank des SVP-Einsatzes – von den Architekten des jetzt eingetretenen Desasters ferngehalten. Es ist aus dieser Haltung nicht der geringste Grund abzuleiten, weshalb sich die hiesige Asylindustrie zugunsten mutwillig verursachter Migrationsströme weiter aufblähen soll. Die Verantwortung für unermesslich verschuldete Opfer tragen jene Staaten, welche vor Jahren blindem Interventionismus erlegen sind.

Die USA und ihre Gefolgschaft stehen in der Verantwortung. Nicht die Schweiz.

us

«Das aktuelle Zitat»

«Nun zeigen die Grünen, was man auch in ihrem Wahlprogramm nachlesen kann: Es ist nicht nur die mangelnde Professionalität und Kompetenz der Kanzlerkandidatin, welche freiheitlich denkende Wähler erschrecken muss. Es geht ihnen nicht um eine inklusive Sprache, sondern um das Bespassen einer kleinen Elite, die sich als moralisch erhaben gibt. Denn die Gendersprache spricht eben nicht alle an, sie teilt die Menschen in Gruppen ein und reduziert sie auf äussere Merkmale – Identitätspolitik eben.»

Anna Schneider, Chefreporterin,
«Welt am Sonntag» vom 1. August

Alleinstehender Mann:

kath., sehr häuslich, gesund lebend, keine Haustiere, Freude an klass. Musik (Michael Haydn, Mozart), am Lesen, am Naturgarten...
...sucht einfaches, feinführendes, sorgfältiges, alleinstehendes Hausmütterchen als gelegentliche Haushalthilfe; bei gegenseitiger Sympathie gerne als Mitbewohnerin meines schönen Hauses an gesunder Lage in der Ostschweiz.

Unverbindl. Kontaktaufnahme über:

«Schweizerzeit» Verlags AG, Chiffre 1
Postfach 54, 8416 Flaach



Hassprediger auf Heimaturlaub im Luxushotel



Man staunt über die willige Bereitschaft unserer Justiz, bei Strafzumessung puren Verhältnislödsinn zuzulassen. Zwei aktuelle authentische Beispiele.

Beamtenbeleidigung: Es sagte in einem Zürcher Vorort ein verärgerter Automobilist zu einer Polizeibeamtin, die ihn wegen geringfügiger Parkzeitüberschreitung büsste: «Sie sind wohl manisch dienstgeil!» Sie verklagte ihn wegen Beamtenbeleidigung. Das Gericht liess die Klage zu und verurteilte ihn zu einer happigen Strafzahlung.

Rassendiskriminierung: Es sagte (Quelle: «Berner Zeitung» /SRF)) der libysche Hassprediger Abu Ramadan, 68, in der Bieler Ar'Raḥman Moschee: «O Allah, ich bitte dich, die Feinde unserer Religion zu vernichten. Vernichte die Juden, die Christen und die Hindus und die Russen und die Schiiten. Allah, ich bitte dich, sie alle zu vernichten!»

Es folgte ein mehrjähriges juristisches Trauerspiel. Im Gegensatz zum Schweizer Automobilisten, der für sein Bagatellvergehen im «ruhenden Verkehr» rasch und hart bestraft wurde, dauerte es mehr als drei Jahre, bis die Staatsanwaltschaft vor dem Regionalgericht Biel Anklage erhob. Auslöser der Ermittlungen waren «Berner Zeitung» und «Rundschau

SRF». Die Klageerhebung zog sich so lange hin, weil die Strafbehörde erst Gutachter befragte, wie der Prediger sein öffentliches «Vernichtungsflehen» gemeint haben könnte. Solange galt für ihn die Unschuldsvermutung.

Zudem muss sich der Hassprediger vor Gericht wegen Sozialhilfebetrugs in Höhe von 600'000 Franken (!) verantworten. Auf welchem Sofa der fachlichen Inkompetenz und geistigen Apathie muss die Sozialamts-Finanzkontrollstelle wohl eingeknickt sein, um solch gigantischen Sozialbetrug durch eine Einzelperson erst zu ermöglichen? Gleichzeitig unternahm der Islamist Pilgerreisen nach Saudiarabien und logierte zeitweise in 5 Sterne-Luxushotels, finanziert vom Schweizer Steuerzahler. Und warum macht ein Flüchtling Heimaturlaub, während er im Gastland Schweiz um Asyl nachsucht?

Schlusspointe: Hassprediger Abu Ramadan verklagte den Nidauer Sozialvorsteher Roland Lutz (SVP) wegen Amtsheimnisverletzung unter Bezug auf dessen Interview mit SRF. Roland Lutz: «Lächerlich!»

Ist unsere Toleranz gegenüber solchen Leuten und solchem Geschehen bloss Gleichgültigkeit? Das wäre schlecht!

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Die Märchen von EU-Turbos und linksliberalen Professoren



Seit dem erfreulichen Abbruch der Verhandlungen über ein EU-Rahmenabkommen sind Politiker im Empörungsmodus. Wenig überraschend von jenen, die an vorderster Front für ein Abkommen und die Aufgabe unserer Souveränität gekämpft haben. Denn schlechte Verlierer gab es schon immer.

Zum Narrativ gehört, dass man am Ausschluss vom EU-Forschungsprogramm «Horizon Europe» herummäkelt und mit Tricks versucht, sich den Anschluss an das Programm wieder zu erkaufen. So soll u.a. die Kohäsionsmilliarde ausbezahlt werden, damit wir wieder Teil dieses Förderprogramms für «Forschung und Innovation» werden könnten. Dass EU-Turbos auf die Erpressung der EU hereinzufallen, beweist ihren Hang zur Selbstaufgabe. Zudem wird vergessen, dass es v.a. die EU und ihre Studenten sind, die vom «Horizon»-Programm profitieren.

Angeheizt wird die Diskussion auch von Vertretern der Universitäten. Sie sind oft ein Hort von linksliberalen Professoren und EU-Turbos, die ihre eigenen Ansichten zur mutigen EU-Politik des von FDP und SVP dominierten Bundesrates kaum verstecken können. Das Klagelied wird

besonders laut an der Basler Universität angestimmt. Das ist die Uni, die mit Franziska Schutzbach eine offenkundig linksradikale Dozentin für «Gender Studies» beschäftigt, welche forderte, dass Restaurants oder Hotels SVP-Versammlungen in ihren Räumen ablehnen sollen. Sie darf weiterhin mit Steuergeldern an der Uni Basel dozieren. Blöd für die Alarmisten ist nun das neueste «QS World University Ranking 2022». Dieses Ranking ist für die EU und ihre Bildungseinrichtungen vernichtend. In den Top 10 sind 5 amerikanische, 4 britische und eine Schweizer Hochschule. Die erste EU-Uni folgt auf Rang 44, die erste deutsche Uni auf Platz 50.

Wer in Sachen Innovation und Forschung etwas erreichen will, macht einen grossen Bogen um die EU. Deshalb ist der Ausschluss aus dem Forschungsprogramm nicht sonderlich relevant. Vielmehr sollte die Schweiz schauen, dass sie mit Hochschulen ausserhalb der EU zusammenarbeiten kann. Diese Universitäten bringen weit mehr Qualität hervor – sie kümmern sich auch weniger um irrelevante Themen wie das Gendern. Damit die Schweiz im Forschungswettbewerb konkurrenzfähig bleibt, braucht es Rückbesinnung auf die eigenen Stärken und Kooperation mit Universitäten, die Qualität hervorbringen.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt



EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

Weil das Kindeswohl zählt!

Die Lobby der LGBT (Nichtheterosexuelle) überzieht die Schweiz dieser Tage mit einer teuren, regenbogenfarbenen Propagandawalze. In diesem aufgeheizten Klima findet am 26. September die Volksabstimmung über die «Ehe für alle» und den Zugang zur Samenspende für lesbische Paare statt.

Auch wenn der Zeitgeist in eine andere, völlig falsche Richtung weht: Die EDU steht zur Familie und zum christlichen Erbe der Schweiz. Kinder haben ein Anrecht, mit Mutter und Vater aufzuwachsen. Darum stehen wir entschieden für ein «NEIN zur Ehe für alle» ein. Bitte unterstützen Sie uns in diesem wichtigen Abstimmungskampf.

Darum NEIN stimmen:

Ehe und Familie sind eng miteinander verknüpft. Nur die Verbindung von Mann und Frau hat aus sich heraus die Fähigkeit zur Weitergabe des Lebens. Deshalb ist sie als zentraler Eckpfeiler von Gesellschaft und Staat zu schützen.

Das Recht, seine beiden biologischen Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden, bleibt den Kindern bis zum 18. Lebensjahr grundsätzlich verwehrt. Dabei ist die Verwurzelung in der Ursprungsfamilie für die kindliche Identitätsbildung zentral.

Schaffen wir mit der «Ehe für alle» erst einmal für lesbische Paare einen «Anspruch auf Kinder», können sich künftig auch weitere Gruppen (Alleinstehende, schwule Paare) auf ihren unerfüllten

Kinderwunsch berufen. Bald dürften Forderungen nach der Eizellenspende und der ethisch inakzeptablen Leihmutterchaft folgen. Das Kind wird zur Ware, die Frau zur «käuflichen Gebärmaschine» degradiert.

Die «Ehe für alle» verstösst gegen die Bundesverfassung. Bis anhin war es selbstverständlich, dass unter einer Ehe die Verbindung von Mann und Frau verstanden wurde. Art. 119 BV erlaubt die medizinisch unterstützte Fortpflanzung zudem auch heterosexuellen Paaren nur bei Unfruchtbarkeit oder der Gefahr einer schweren Krankheit. Nun soll die Samenspende vom Ausnahmefall zum Regelfall werden – ohne dass die Bundesverfassung geändert wird.



Ehe für alle führt zu gesetzlicher Vaterlosigkeit.
Darum am 26. September: NEIN!

In der Auseinandersetzung um die «Ehe für alle» – wahrlich ein Kampf «David gegen Goliath» – sind wir auf jede Hilfe angewiesen. Bitte unterstützen Sie unsere Kampagne. Verteilen Sie unsere Flyer, hängen Sie Plakate auf, schreiben Sie Leserbriefe oder unterstützen Sie uns finanziell. ➔ **Alle Infos unter www.ehefueralle-nein.ch/mitmachen**

Kontoverbindung des Abstimmungskomitees:

Postfinance, PC-Konto: 15-626593-5
IBAN: CH08 0900 0000 1562 6593 5
Zu Gunsten von: Trägerverein
«Nein zur Ehe für alle», 6017 Ruswil

Stadt-Land-Graben

Von den Städtern selbst gebuddelt

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Marco Chiesa, SVP-Präsident und Tessiner Ständerat, wird von den Mainstream-Medien unterstellt, er hätte aus parteipolitischem Kalkül einen Graben zwischen der Stadt- und Landbevölkerung aufgerissen.



Dieser Vorwurf zielt ins Leere. Marco Chiesa hat keinen Graben aufgerissen, er hat in seiner 1. August-Ansprache lediglich auf diesen Graben hingewiesen. Für viele Menschen ist das Auseinanderdriften zwischen Stadt und Land schon lange augenfällig. Neu ist nur der Umstand, dass darüber gesprochen wird, was für gewisse Kreise bereits eine Ungeheuerlichkeit darstellt.

In den links-grün regierten Schweizer Städten ist über Jahre ein Milieu herangewachsen, welches weite Teile der Bevölkerung abstösst und ratlos zurücklässt. Der «Urban-Hype», anfänglich noch mitleidig belächelt, gibt sich heute nicht mehr zufrieden, die eigene Klientel zu verhätscheln und ihr zu ermöglichen, sich an den steuerfinanzierten Honigtöpfen zu laben. Gerade nachdem das CO₂-Gesetz versenkt worden ist, spürt man eine gehässige Stimmung den damaligen Gewinnern gegenüber, und links-grüne Kreise sind bestrebt, allen Leuten in unserem Land die eigene Lebensweise überzustülpen – nach dem Motto «Wer nicht so denkt wie ich, ist wahlweise ein doofes Landei oder ein Nazi.»

Rot-grüne Exzesse in den Städten

Wenn man sich unter der Landbevölkerung umhört (dazu gehören auch jene, welche die Stadt verlassen haben, weil sie sich mit der linken Politik nicht mehr identifizieren konnten und nicht mehr gewillt waren, die vielen sinnlosen Ausgaben finanziell mitzutragen), vernimmt beinahe unisono die gleichen Einwände: Flächendeckend Tempo 30-Zonen, systematische Vernichtung von Parkplätzen, schamlose Verteilung von Steuergeldern an Sans Papier sowie amtliche Ausweise für Illegale ohne jegliche Rechtsgrundlage. Dazu kommen die wöchentlichen Demonstrationen auch zu Anliegen, die überhaupt keinen Schweizer Bezug haben, die importierte Betroffenheit aus den USA wie «Black Lives Matter», Zoff der tibetischen oder uigurischen Bevölkerung mit der chinesischen Obrigkeit, oder Auseinandersetzungen zwischen den Kurden und der Türkei, um nur ein paar wenige aufzuzählen.

Kritisiert von der Landbevölkerung wird zum Beispiel auch, dass Basel-Stadt Staatsstellen schafft, um die Fata Morgana der diversen Geschlechteridentitäten zu bewirtschaften, während die Stadt selbst zum Schweizer Kriminalitätshotspot verkommt. Ebenso wenig Verständnis haben die Menschen ausserhalb

der städtischen Bubble für das überhitzte Interesse an den Weltuntergangsprognosen einer Greta Thunberg, an den Aussagen anlässlich der Blockade von Bankinstituten in Zürich oder an den klimatisch durchtränkten Parolen von «Extension Rebellion».

Kritik an der Gender-Diktatur

Auch die Gender-Diktatur stösst beim grössten Teil der Bevölkerung auf Unverständnis. Wer respektiert, dass es Männer und Frauen gibt, braucht keinen Sternensalat und keine Sprachverhunzung, um sich korrekt auszudrücken. Und ein Blick ins Ausland zeigt, zu welch bizarren Auswüchsen die hochgelobte «Cancel Culture» führt. An der Universität von Wisconsin in den USA muss ein zwei Milliarden alter und 70 Tonnen schwerer Stein (Findling) entfernt werden, Kosten 50'000 Dollar. Grund war ein Zeitungsartikel aus dem Jahre 1925, in dem der Stein mit dem Kopf eines schwarzen Mannes verglichen wurde. Aktuell soll gar das Wort «curry» rassistisch sein, weil dieser Ausdruck nicht von Indern, sondern von Weissen erfunden wurde.

Schluss mit der städtischen Bevormundung

Viele Leute in unserem Land sind nicht mehr bereit, diese von städtischen Trautänzern ausgehende Bevormundung kommentarlos zu erdulden. Und dies alles ist wahrlich keine Erfindung der SVP. Die nächsten Wochen und Monate werden uns im Zusammenhang mit der Situation in Afghanistan zeigen, zu welch absurden Kapriolen unsere links-grünen Politikerinnen und Politiker in der Lage sind. Sie liefern auf jeden Fall viel Stoff für weitere Kolumnen.

Markus Melzl

AUS GRENDELMEIERS
«REICH DER MENSCHEN»



Kinder an die Macht

Wer hätte das im Ernst gedacht?!
Es gilt nun: Kinder an die Macht!
Die haben alles zu verlieren;
kein Wunder, dass sie demonstrieren.

Man hat sich an Komfort gewöhnt,
doch der ist künftig schwer verpönt.
Den Alten passt es zwar mitnichten,
auf viel Vertrautes zu verzichten.

Die junge Generation,
die schafft das zweifelsohne schon.
Sie wird – statt blöd herumzujetten –
im Segelschiff den Globus retten.

«Hütet Euch am Morgarten!»

Seit 35 Jahren kämpft die überparteiliche Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) an vorderster Front für die Unabhängigkeit der Schweiz.

1992: Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) verhindert.

2001: EU-Beitrittsverhandlungen (Volksinitiative «Ja zu Europa») verhindert.

2021: Institutionelle EU-Anbindung (Rahmenabkommen) verhindert.

????: ???



Wachsamkeit und Misstrauen bleiben erste Bürgerpflicht.



AUNS
ASIN
ASNI

www.auns.ch

Jetzt beitreten (45 Franken Jahresbeitrag)
und die **Unabhängigkeit der Schweiz stärken.**

Unverbindlich Unterlagen bestellen:
Tel. 031 356 27 27, info@auns.ch

Es muss wieder gelten: Wer zahlt, befiehlt.

Zürich lässt sich vom Land verköstigen

von Hans Geiger, em. Professor für Bankwesen, Weiningen ZH

In der 50er Jahren hatten wir den konfessionellen Graben, dann kam der Röstigraben. Jetzt haben wir den Stadtgraben.



Die Stadt Zürich hat eine rot-grüne Regierung, ein rot-grünes Parlament, beide gewählt von einer linken Wählerschaft. Robert Nef, Gründer und langjähriger Präsident des Liberalen Instituts, sieht in der rot-grünen Wählerschaft «eine neue Klasse von Umverteilungsempfängern und Staatslohn-Finanzierten».

Zürich als Wohlfühloase

Nach einer Untersuchung der NZZ ist der Stadt-Land-Graben so gross wie nie in den letzten 40 Jahren. Die Zwinglistadt mutiert zu einer Wohlfühloase, sie kündigt den historischen Parkplatzkompromiss, verdrängt den Autoverkehr, will Fahrspuren reduzieren, will überall Tempo 30, will 50 Kilometer exklusive Velostrassen, weigert sich aber, die elementarsten Verkehrsregeln gegenüber den Velofahrenden* durchzusetzen. Der gemeinnützige Wohnungsbau und der subventionierte Kulturbetrieb geniessen die besondere Zuneigung der Politik. Beamtenintensität und Betreuungsdichte sind in der Stadt sehr viel höher als ausserhalb der Stadtmauern. Die Stadt weigert sich je länger desto mehr, ihre Rolle als Zentrum zu spielen. Dieser Zentrumsrolle verdankt sie aber die grosse wirtschaftliche Wertschöpfung und eine schweizweite und internationale Ausstrahlung.

Man könnte das alles als demokratisch legitimiert bezeichnen. Dass linke Wähler ein linkes Parlament und eine linke Regierung wählen, die dann eben «linke» Politik betreibt, scheint irgendwie logisch. Allerdings passt diese Politik nicht zum Anspruch, ein geistiges, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum zu sein. Und noch weniger passt, dass sich die Wählerinnen und Wähler der Stadt Zürich ihre Wohlfühloase durch die «dummen Agglos» bezahlen lassen. Gleichwohl lässt sich die Stadt Zürich von den Gemeinden und deren Steuerzahlern ihre «Zentrumslasten» mit 408 Millionen Franken pro Jahr (2021) vergüten, ganz nach dem Motto «Wer zahlt, hat nichts zu sagen».

Gemeindemehr analog Ständemehr?

In der Eidgenossenschaft sorgt bei wichtigen Entscheiden, bei Änderungen der Verfassung, neben der Stimmenmehrheit das Ständemehr für einen Ausgleich zwischen Gross und Klein, zwischen Stadt und Landschaft. In Anlehnung an das Ständemehr werden jetzt Vorschläge laut, diesen Korrekturmechanismus in Form eines «Gemeindemehrs» auch im Kanton einzuführen. Bei wichtigen Vorlagen könnte die Grosszahl der städtischen Stimmbürger die Stimmbürger im Rest des Kantons nicht mehr überfahren.

Die ist eine sehr gute Idee, aber ein entsprechendes politisches Projekt dürfte viele Jahre in Anspruch nehmen.

Einfacher und schneller wäre die Einführung des Grundsatzes «Wer zahlt, befiehlt». Betrachten wir den kantonalen Finanzausgleich, gemäss dem die Stadt für ihre Zentrumsaufgaben über 400 Millionen Franken erhält; jährlich. Es ist allgemein anerkannt, dass grosse Städte aufgrund ihrer Zentrumsfunktion eine erhöhte Belastung tragen. Der Regierungsrat sagt in seinem Rechenschaftsbericht, es gebe keine wissenschaftlich anerkannte Methode zur Bezifferung von Zentrumslasten. Deren Höhe müsse auf dem politischen Weg festgelegt werden. Das ist einerseits eine ziemlich schäbige Ausrede. Es geht nicht um wissenschaftliche Methoden, sondern um eine einfache Betriebsbuchhaltung, wie sie jedes grössere Unternehmen kennt. Andererseits legt der Regierungsrat seine politischen Überlegungen zur Höhe der Zentrumsentschädigung gerade nicht dar. Und er gibt damit der Stadt massive Fehlanreize.

Was ist zu tun?

Erstens muss der Regierungsrat eine solide Schätzung der Kosten der Zentrumslasten der Stadt erstellen. Und dann muss er einen Vorschlag für eine angemessene Entschädigung der Stadt machen. Die 408 Million Franken sind unangemessen hoch. Zweitens: Wenn der Regierungsrat das nicht macht, muss der Kantonsrat die entsprechenden Beschlüsse fassen. Drittens: Wenn auch der Kantonsrat die Arbeit verweigert, können 6'000 Stimmberechtigte mit einer Gesetzesinitiative Regierung und Parlament zum Handeln zwingen. Der Text einer solchen Initiative könnte wie folgt lauten: «Die Stadt Zürich ist vom Finanzausgleich auszuschliessen.» Das brächte pro Jahr immerhin 89 Millionen Franken Mindereinnahmen für die Stadt, und es gälte wieder «Wer zahlt, befiehlt».

Hans Geiger



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

WEF-Gründer Klaus Schwab...

...und die Rettung der Welt

von Dr. Daniel Regli, Historiker/Publizist, Projektleiter www.buergerforum-schweiz.com

In seinem 2020 publizierten Buch «The great Reset» appelliert WEF-Gründer Klaus Schwab angesichts der Coronakrise zur Neuordnung der Welt. Seither laufen Verteidiger der Freiheit, der Demokratie und der freien Marktwirtschaft Sturm gegen Schwabs Thesen.



Aktivisten des Corona-Widerstands bezeichnen den WEF-Chef sogar als «Blofeld», als Bösewicht, der in James Bond-Filmen hochkriminell und über Leichen gehend nach der Weltherrschaft trachtet. Das sind starke Vorwürfe. Sind sie gerechtfertigt?

Die Welt kurz vor dem Untergang?

Klaus Schwab erachtet die Rettung der Welt als Gebot der Stunde (Zitate aus «Covid-19: Der grosse Umbruch», Cologny/Genf 2020):

«Covid-19 erzählt gerade eine Geschichte des Versagens der globalen Ordnungspolitik.» (S. 134). «Die Bruchlinien der Welt – vor allem die sozialen Gräben, mangelnde Gerechtigkeit, fehlende Kooperation, das Versagen von Global Governance und Leadership – sind jetzt offensichtlich wie nie zuvor, und die Menschen spüren, dass die Zeit für einen Paradigmenwechsel gekommen ist. Eine neue Welt wird entstehen, deren Umrisse wir ersinnen und skizzieren müssen.» (S. 12) «Wenn wir als menschliche Wesen nicht zusammenarbeiten, um unseren existenziellen Herausforderungen zu begegnen, sind wir dem Untergang geweiht.» (S. 259).

Schwab schildert die aktuelle Weltbühne primär vor dem Hintergrund des Antagonismus zwischen den USA und China. Er betont beim individualistisch geprägten, angelsächsischen System (USA, Grossbritannien) primär die Schattenseiten (S. 89ff.): Wettbewerb statt Solidarität; schöpferische Zerstörung statt staatlicher Intervention; Wirtschaftswachstum statt sozialem Wohlergehen; Arbeitslosigkeit, Armut und die Vermögensungleichheit, die systematisch «verfolgt werden sollte» (! S. 67).

China übertrumpft die USA

Wohlwollend anders beurteilt Klaus Schwab das kommunistische China: «Im Gegensatz zur (ehemaligen) Sowjetunion versucht China nicht, der Welt seine Ideologie aufzuzwingen.» (S. 138). Der Autor vermittelt Hochachtung für das chinesische Modell und seinen grossen ökonomischen Erfolg. Schwab benennt Demütigungen, welche der Westen China angetan hat, und

äussert Verständnis für das gespannte Verhältnis zur USA. Lobend weist er hin auf den Konfuzianismus, der das Pflichtbewusstsein und die Solidarität zwischen den Generationen über die persönlichen Rechte stellt (S. 101). Er lobt Chinas internationale Katastrophenhilfe in der Coronakrise, die digitale Überwachung (S. 187) und die Fortschritte beim bargeldlosen Bezahlen. Bilanzierend meint Schwab: «Die USA ist in der von der Pandemie ausgelösten Krise gestrauchelt und ihr Einfluss ist geschwunden. Währenddessen kann China versuchen, von der Krise zu profitieren, indem es seinen Einflussbereich im Ausland ausdehnt» (S. 147).

Schwabs «schöne neue Welt»

Wie soll die gescheiterte Welt nun repariert werden? Hier einige Streiflichter aus Schwabs schöner neuer Welt:

- Ökologie: Wegen dem schwerwiegenden Klimarisiko (S. 176) braucht es gerechte, grüne Volkswirtschaften (S. 65); biologische Vielfalt (S. 162); Dekarbonisierung (S. 165).
- Ökonomie: Deglobalisierung (S. 130); Aufbau einer besseren Weltwirtschaft (S. 169), in welcher Vermögensungleichheit systematisch verfolgt wird (S. 67).
- Konsum: Wachsender Konsumverzicht, bis hin zum Ideal des Minimalismus (S. 284–286): Alles, was wir nicht wirklich brauchen, weglassen (S. 171).
- Neuer Mensch: Eigeninteresse aufgeben; mehr Inklusivität und Fairness (S. 267); Suche nach einem höheren Sinn; ein besseres Selbst und eine bessere Welt entstehen lassen (S. 253).



Geschenkgutscheine
à Fr. 250.– mit Fr. 50.– Rabatt

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

Kopiererpapier
Sensationelle
Fr. 3.90

500 Blatt, exkl. MWSt.+ Versand bar (10 P. = 10.–)

OCotex AG – 041 799 50 00



Um die drohende Katastrophe zu verhindern, «müssen wir unverzüglich den Grossen Umbruch in Gang setzen» (S. 292). Die Führungsrolle bei der Verwirklichung der «Neuen Welt» sollten gemäss Schwab die internationalen Organisationen übernehmen (UNO, WHO, WTO). Eine erfolgreiche Arbeit dieser Organisationen werde momentan aber noch durch Eigeninteressen, Nationalismus (S. 132), Unterfinanzierung und Bevormundung (S. 129) verhindert. Darum gebe es keine wirksame internationale Zusammenarbeit zur Lösung der dringendsten globalen Probleme (S. 131).

Wer zieht den Karren aus dem Dreck?

Klaus Schwabs Vision einer neuen Weltordnung steht in groben Umrissen fest. Jedoch wird der Visionär von Zweifeln geplagt, ob der grosse Neuanfang auch gelingen wird. Schwab zeigt sich unsicher, «ob die bestehenden Organisationen der globalen Ordnungspolitik (z.B. die UNO und die WHO) zur Bewältigung der heutigen globalen Krisen umfunktioniert werden können» (S. 137). «Es besteht die sehr reale Gefahr, dass die Welt morgen noch gespaltener, nationalistischer und konflikträchtiger sein wird, als heute» (S. 297). «Wir riskieren, in ein Zeitalter der Entropie einzutreten, in dem Sparmassnahmen, Fragmentierung, Zorn und Kleingeistigkeit unsere globale Landschaft prägen» (S. 121). Um das Blatt letztlich noch zu seinen Gunsten zu wenden, verfällt der WEF-Leiter gegen Ende seines Textes einer drohenden Beschwörung: «Wenn wir als menschliche Wesen nicht zusammenarbeiten (...) sind wir dem Untergang geweiht. Wir haben also keine andere Wahl, als die Engel in uns ans Licht zu holen» (S. 259).

Das Ende der Freiheit?

Es erstaunt, in welchem Masse Klaus Schwab die westliche Kultur und ihre Werte Freiheit, Konkurrenz, freie Marktwirtschaft, Konsum, Privateigentum etc. über Bord wirft. Offenbar haben der chinesische Staatskapitalismus und die Macht Xi Jinpings dem WEF-Gründer den Kopf verdreht. So wurde Schwab auf dem linken Auge blind. In Folge lässt er unerwähnt, dass Xi Jinping und seine engste Entourage vor laufender Kamera geschworen haben, den Kommunismus Maos über die Welt zu verbreiten. Schwab schweigt zur chinesischen Diktatur, zur fehlenden Freiheit der Menschen, zum Genozid an den Uiguren. Kein Wort über Spionage, Datenklau, Terrorakte, Christenverfolgung, Umerziehungslager und Exekutionen. Totalitärer Kommunismus scheint für den WEF-Gründer eine willkommene Option der Staatsgestaltung zu sein.



Das Büro Ha deckt auf!



Während Monaten zeichnete sich die Machtübernahme durch die Taliban ab. Als erstes haben die US-Nachrichtendienste (absichtlich) kläglich versagt und am 8. August mitgeteilt, dass Kabul in etwa 90 Tagen besetzt werden könnte. Eine klassische Fehleinschätzung. Die Taliban, mehrheitlich mit US-Kriegsmaterial, marschieren unter den Augen der Weltmacht in die Hauptstadt ein. In Doha vereinbart!

Die deutsche Regierung hat ebenfalls schändlich versagt; ausbaden dürfen das nun die Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK), welches noch vor kurzer Zeit in Neuaufstellung «geschickt» wurde, weil die Verteidigungsministerin Karrenbauer Null Ahnung hat. Ebenfalls ein schändliches Versagen. Was es heisst, eine Evakuierung aus dem unter Feuer liegenden Flughafen Kabul durchzuführen, wissen nur Profis. Auch das Schweizer Aufklärungs-Detachement AAD 10 ist mit Kräften vor Ort. Keiner fragt sich, warum die afghanische Armee «verschwunden» ist. Keiner nimmt zu Kenntnis, dass diese ihre Ausrüstung und Waffen an die Taliban verkauft hat.

*

Kleiner Reisebericht über eine Fahrt durch Aburdistan (Europa): Fahrt mit Pw im Corona-Irrsinnjahr 2 durch die Schweiz – Österreich – Ungarn – Serbien – nach Bulgarien. Rückreise fast identisch, die gleichen Grenzübergänge. Auf der Hin- und Rückfahrt interessiert sich kein einziger Behördenvertreter (weder an der Grenze noch im Inland) für Pass oder irgendwelche Corona-Papiere. Es macht keinen Sinn, die Worthülsen der Brüssel-Schergen zu zitieren. Genug der Bürger-Schikane.

Tis Hagmann

Noch fataler ist Schwabs Traum vom «neuen Menschen». In schönsten Farben skizziert der Autor eine radikal verbesserte Menschheit. Historische Bezüge werden keine hergestellt. Kritische Gegenargumente fehlen. Schwab verzichtet auf eine faire Darstellung des Sachverhalts. Natürlich weiss er, dass jede politische Macht, die den «neuen Menschen» in einer idealen Gesellschaft schaffen wollte, zur Massenmörderin mutierte (Hitler, Stalin, Mao, Pol Pot, Kim Il-Sung etc.). Warum Schwab zu diesem Faktum schweigt, sollte er der Öffentlichkeit schnellstens erklären!

Fazit: Aufgrund seines Buches «Great Reset» fällt es leicht, Schwab als Feind von Freiheit und Demokratie sowie als Propagandisten Chinas zu bezeichnen. Sollte der Autor seinen totalitären Kurs weiterverfolgen, ist die freiheitsliebende Schweiz definitiv nicht mehr das passende Gastland für das WEF!

Daniel Regli

Die schädliche Staatsfinanzierung der Medien stoppen

Nein zu Steuermilliarden für Medienmillionäre!

von Dr. Philipp Gut, Geschäftsführer des Referendumskomitees «Staatsmedien NEIN»

Bundesrat und Parlament wollen neben der mit Zwangsgebühren finanzieren SRG jetzt auch noch die privaten Medien mit Milliarden von der Politik abhängig machen. Das ist Gift für die Demokratie und muss mit dem Referendum verhindert werden.



Den Schweizer Verlagen geht es prächtig: Die grössten Medienkonzerne der Schweiz haben selbst im Coronajahr 2020 stolze 275 Millionen Franken Gewinn gemacht. Doch jetzt will die Politik mit dem sogenannten «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» die bereits bestehenden Subventionen massiv ausbauen – auf jährlich 178 Millionen Franken.

Doch das ist längst nicht alles: Die privaten Medienkonzerne profitieren auch von einem Mehrwertsteuer-Geschenk von 130 Millionen Franken jährlich. Und sie bedienen sich zusätzlich mit 81 Millionen Franken pro Jahr am SRG-Gebührentopf. Total kosten die privaten Medien die Steuerzahler jedes Jahr rund 400 Millionen Franken. Zusammen mit den SRG-Gebühren macht das unverschämte 1,7 Milliarden!

Ende der freien und unabhängigen Medien

Gegen das Mediensubventions-Gesetz hat das unabhängige Komitee «Staatsmedien NEIN» (www.staatsmedien-nein.ch) das Referendum ergriffen. Es wird ausserdem unterstützt durch ein Politikerkomitee, dem rekordverdächtige 72 National- und Ständeräte aus dem bürgerlichen Lager angehören – von der SVP bis in die Mitte hinein. Zudem hat sich ein Journalistenkomitee (www.freie-medien.ch) gegründet, das die Berufsehre verteidigt und sich gegen den frechen Kauf der Medien durch die Politik zur Wehr setzt. Milliarden von Steuergeld an die reichen Verleger zu verschleudern, ist absolut unnötig und verantwortungslos. Aber ist es auch demokratiepolitisch ein Skandal: Staatsfinanzierte Medien können ihre Funktion als vierte Macht im Staat nicht wahrnehmen und schädigen die Demokratie. Die Staatssubventionen bedeuten das Ende der freien und unabhängigen Medien in der Schweiz.

Krass marktverzerrend

Doch es kommt noch schlimmer: Das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» schliesst die Gratismedien bewusst von der Förderung aus und zementiert die schädlichen Monopole der grossen Mainstream-Medienkonzerne. Besonders bedenklich für unsere direkte Demokratie: Mit diesem willkürlichen Subventionsgebaren werden weite Bevölkerungsteile von der politischen Meinungsbildung ausgegrenzt.

Linker Einheitsbrei

Bereits heute herrscht in der Schweizer Medienlandschaft ein langweiliger und demokratiepolitisch schädlicher Einheitsbrei. Alle Mainstream-Medien schreiben mehr oder weniger dasselbe. Die bürgerlich-liberale Schweiz, die dank der freiheitsliebenden Landbevölkerung immer noch die Mehrheit in diesem Land stellt, ist in den Medien krass untervertreten. So sprach sich kein einziges grosses Medium für die Masseneinwanderungsinitiative aus, kein einziges war gegen das CO₂-Gesetz. Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer sah es anders.

Diese Verzerrung der politischen Realität durch die Medien hat zwei Gründe. Erstens: Die erdrückende Mehrzahl der Journalisten steht politisch links. Bei der SRG sind es laut SelbstdeklARATION rund Dreiviertel – und bei den privaten Medien ist das Verhältnis ähnlich. Die SVP, die mit Abstand wählerstärkste Partei des Landes, liegt in der Vorliebe der Journalisten auf dem letzten Platz. Da muss man sich nicht wundern, dass die Medien an der politischen Realität vorbeischieben.

Mächtige Konzerne kontrollieren Berichterstattung

Der zweite Grund für die ideologische Schalkost der Mainstream-Medien ist die sogenannte Medienkonzentration. Das heisst: Wenige grosse Konzerne wie die TX Group (vormals Tamedia, «Tages-Anzeiger»), Ringier («Blick») oder das mit der NZZ verbandelte CH-Media-Imperium («St. Galler Tagblatt», «Aargauer Zeitung», «Luzerner Zeitung») kontrollieren flächendeckend die Berichterstattung vom Bodensee bis zum Genfersee. Das ist der Todesstoss für Freiheit und Vielfalt – auch für die Freiheit und Vielfalt der Meinungen.

Milliardäre sacken am meisten Steuergeld ein

Das Mediensubventionsgesetz betoniert die Übermacht dieser Mainstream-Konzernmedien und würgt jede Innovation ab. Denn der allergrösste Teil der Milliarden Subventionen geht an die Grosskonzerne. **Es ist pervers: Am meisten Steuergeld sacken die Milliardärsfamilien Coninx/Supino – ihnen gehört die TX Group – und Ringier sowie der schwerreiche Verleger Peter Wanner ein, der in einem Schloss wohnt.** Wie grenzenlos die unverschämte Gier der reichen Verleger ist, demonstriert der NZZ-Verlag: Er teilte letzte Woche mit, dass er das Mediensubventions-Gesetz befürworte. Damit fallen die NZZ-Besitzer der eigenen Redaktion in den Rücken, die mehrfach geschrieben hatte, dass die NZZ die schädlichen Mediensubventionen ablehne. Mit dieser jämmerlichen Subventionsjagd verliert der NZZ-Verlag jede Glaubwürdigkeit. Tiefer kann das ehemalige Flaggschiff des liberalen Journalismus nicht mehr sinken.

Helfen Sie mit, die direkte Demokratie zu retten!

Aus all diesen Gründen ist klar: Die schädliche Staatsfinanzierung der Medien muss gestoppt werden. Sagen wir Nein zu Staatsmedien! Nein zu Steuermilliarden für Medienmillionäre! Helfen Sie mit, unsere Meinungsfreiheit und unsere direkte Demokratie zu retten, indem Sie jetzt das Referendum «Staatsmedien NEIN» unterschreiben.

Philipp Gut

Bitte beachten: Ein Unterschriftenbogen liegt der heutigen «Schweizerzeit» bei.

Dr. Philipp Gut ist Geschäftsführer des Referendumskomitees «Staatsmedien NEIN», Buchautor («Jahrhundertzeuge Ben Ferencz») und einer der profiliertesten Journalisten der Schweiz. Mehr als zehn Jahre lang prägte er als Inlandchef und stv. Chefredaktor den politischen Kurs der «Weltwoche». Mit seiner Kommunikationsagentur Gut Communications GmbH berät er Unternehmen, Parteien, Verbände und Privatpersonen.

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Masseneinwanderung

Eindeutig widerlegt ist auch die Aussage, dass in Zeiten von wirtschaftlichen Krisen die Einwanderung zurückgehen würde. Die Corona-Krise zeigt exemplarisch, dass gerade in Krisenzeiten die Schweiz für viele Menschen ein sicherer Hafen ist. So sind auch im Krisenjahr 2020 netto mehr als 60'000 Personen in die Schweiz eingewandert und hier sesshaft geworden. Und dies notabene zu einer Zeit, da fast eine Million Einwohner in Kurzarbeit waren und die Erwerbslosigkeit um mehrere zehntausend Personen answoll.

(Thomas Aeschi, Nationalrat, SVP-DV Fribourg, 21.08.21)

Volltreffer

Es ist schon verrückt: Als ich es wagte, am 1. August ein paar kritische Worte zum Stadt-Land-Graben in der Schweiz zu äussern, trat die vereinigte Gedankenpolizei in Aktion und wollte mir vorschreiben, was ich zu denken und zu sagen habe...

Diese Reaktion auf meine Ansprache ist ein weiterer Beleg für das, was ich am 1. August vorgetragen habe. Ich habe wörtlich gesagt: «Die Luxus-Linken und Bevormunder-Grünen in den Städten wollen allen anderen im Land vorschreiben, wie sie zu denken und zu leben haben.»

Warum habe ich dieses Thema am 1. August lanciert? Weil dahinter ein ernsthaftes Problem steht. Mit Tabus und dem Verschweigen von unangenehmen Tatsachen betonieren wir die Probleme nur. Die SVP packt sie an, um sie zu lösen.

Und an alle, die mich absichtlich falsch verstanden haben: Unsere Kritik ist nicht gegen die Städte an sich gerichtet. Sondern gegen die links-grün dominierte Politik aus diesen Städten. Und unsere SVP-Sektionen in Zürich, Genf, Bern, Lausanne usw. müssen zuvorderst stehen in diesem Kampf gegen die rot-grüne Arroganz. Wir kämpfen für alle Steuerzahler – auf dem Land und in den Städten. Das Problem heisst linke Schmarotzerpolitik – denn die Linken sind wahre Virtuosen darin, der arbeitenden Bevölkerung das Geld aus der Tasche zu ziehen.

(Marco Chiesa, Ständerat, SVP-DV Fribourg, 21.08.21)

Schmarotzer

Im Zeichen der neuen Klimareligion ist es besonders attraktiv, alle möglichen Öko-Schröpfkuren zu verlangen: höhere Benzinpreise, eine Flugsteuer, eine «Drecksteuer» auf den sauberen Atomstrom, einen Klimarappen, höhere Zuschläge auf Heizöl, eine Strassenmaut usw. Diese links-grüne Abzocker-Politik ist nicht nur immens teuer, sie ist auch unsozial. Besonders betroffen davon sind die weniger Verdienenden und der Mittelstand, die Familien und kleine Gewerbe.

Dabei scheuen die linken Steuergeld-Vampire nicht davor zurück, sich selber und ihrer Klientel heimliche Vorteile zu verschaffen. Wie die Zeitung «Der Bund» enthüllt, profitieren die Berner Kantonsangestellten von massiv vergünstigtem Benzin, das sie an einer gut versteckten Tankstelle abholen. Dahinter steht die «Treibstoffversorgungsgenossenschaft des Personals der bernischen Kantonsverwaltung». Was es doch nicht alles gibt! Billig-Benzin für Beamte, während es für alle anderen immer teurer werden soll – willkommen im Klub der Doppelmoralisten!

(Marco Chiesa, Ständerat, SVP-DV Fribourg, 21.08.21)

Seidenweich

Auch in der Schweiz sorgen nicht-integrierbare Ausländer und abgewiesene Asylbewerber immer wieder für Schlagzeilen. So ist der Hassprediger aus Winterthur schweizweit bekannt, auch er kam damals als Asylbewerber in die Schweiz, lebte sein ganzes Leben von Sozialhilfe und hetzt gegen Andersgläubige. Für Empörung sorgte auch der tragische Fall der griechischen Studentin, welche von einem abgewiesenen Asylbewerber in Zürich vergewaltigt wurde.

Was haben diese Fälle gemeinsam? Es handelt sich bei allen Personen um Menschen, die über die Asylschiene in die Schweiz eingereist sind und in der Schweiz bleiben, unabhängig vom Entscheid des Gesuches.

Erinnern wir uns an die Ausschaffungsiniziativa, das Schweizer Volk sagte klar, dass straffällige Ausländer unser Land verlassen müssen. Die SVP warnte vor der Härtefallklausel, und dass damit der Wille des Volkes umgangen werde. Doch der Bevölkerung versprach man eine «pfefferscharfe» Umsetzung. Fünf Jahre später gibt die Praxis der SVP recht – aus pfefferscharf wurde seidenweich.

(Martina Bircher, Nationalrätin, SVP-DV Fribourg, 21.08.21)

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 21)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Auns-Geschäftsführer, Eglisau ZH



Zu Beginn der 2000er Jahre nimmt der Asylmissbrauch durch Scheinflüchtlinge, die in die Schweiz drängen, wieder massiv zu. Ende Juni 2002 halten sich rund 93'000 «Personen des Asylbereichs» in unserem Land auf. Dazu kommen 41'500 «Personen mit ausländerrechtlich geregelter Aufenthalt» (d.h. humanitäre und andere fremdenpolizeiliche Regelungen), die man ab dem Jahr 2000 aus der Asylstatistik herausgenommen hat, um die Asylmisere zu beschönigen. Die Anerkennungsquote liegt unter zehn Prozent, rund 90 Prozent kommen illegal in unser Land. Die Schweiz verzeichnet pro 10'000 Einwohner (verglichen mit andern europäischen Staaten) am meisten Asylgesuche, nämlich 279 – gegenüber Holland (188 Gesuche), Österreich (132), Schweden (120), Deutschland (202), Frankreich (38), Finnland (24) und Italien (weniger als 10 Gesuche). Die jährlichen Asylkosten für Bund, Kantone und Gemeinden liegen bereits im Zweimilliarden-Bereich.

Um das Chaos zu stoppen, haben SVP und Auns die Volksinitiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» lanciert, über die am 24. November 2002 abgestimmt wird. Die Initiative verlangt zwei zentrale Massnahmen:

- **Drittstaatenregelung:** Auf die Gesuche von Asylbewerbern, die bereits in einem verfolgungssicheren Drittstaat (z.B. Österreich, Deutschland) ein Gesuch gestellt haben oder hätten stellen können, wird nicht eingetreten.
- **Sanktionen:** Für Gesuchsteller, deren Gesuch abgelehnt wurde, auf deren Gesuch nicht eingetreten wurde oder die sich rechtswidrig verhalten haben, werden die Fürsorgeleistungen stark reduziert.

Asylmissbrauch
gefährdet unsere Sicherheit
und kostet Milliarden.
Schluss damit!

Die überparteiliche Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) kämpft für ein JA zur Volksinitiative gegen Asylrechtsmissbrauch.

Der Abstimmungskampf in der zweiten Hälfte 2002 ist äusserst intensiv. Mit der Kernbotschaft «**Asylmissbrauch: Schluss mit leeren Versprechungen!**» ruft die Auns dazu auf, den Asylmissbrauch mit der Initiative zu stoppen:

«Wir haben genug von leeren Versprechungen, mit denen uns der Bundesrat seit 15 Jahren abspesen will. Die Initiative ist die letzte Chance, um ein völliges Chaos im Asylbereich abzuwenden. Sie wird die Zahl der missbräuchlichen Gesuche auf einen Drittel reduzieren und die Kosten halbieren. Echte an Leib und Leben bedrohte Flüchtlinge (im Sinn der Genfer Konvention) finden bei uns weiterhin Aufnahme.»

Mit einer Teilrevision des Asylgesetzes will der unter Druck geratene Bundesrat quasi in letzter Minute auch eine Art Drittstaatenregelung einführen, jedoch mit der Bedingung, «dass der sichere Drittstaat bereit ist, die weggewiesene Person zurückzunehmen» (Medienmitteilung vom 4.9.2002). Eine solche Kann-Regelung, die zudem mehr Ausnahmen vorsieht als Klarheit schafft, ist untauglich.

Expo.02 – eine ganz besondere Landesausstellung

hf. Im Jahr 2002, vom 15. Mai bis zu 20. Oktober, findet auch die Expo.02 statt. Ursprünglich als Expo.01 geplant, ist sie wegen dem überdehnten, schwammigen Konzept und einem völlig überzogenen Kostenrahmen sowie wegen personellen Wechsels um ein Jahr verschoben worden. Namen von Verantwortlichen wie Jacqueline Fendt (später als Direktorin abgesetzt) über Pipilotti Rist (künstlerische Leiterin, später ersetzt durch Martin Heller) und Nelly Wenger bis hin zu «Katastrophen-Franz» Steinegger sind in allen Medien. Schliesslich öffnet die Expo.02 ihre Tore im Drei-Seen-Land auf den vier «Arteplages» von Biel, Neuenburg, Murten und Yverdon-les-Bains mit Objekten wie beispielsweise Cyberhelvetia, Klangturm, Monolith, Panorama Schweiz, Palais de l'Equilibre, Magie de l'Energie bis zur Militärausstellung mit dem Renner Käseschnitten. Viel Kritik müssen vor allem zwei «Ereignisse» einstecken: Die Eröffnungsfeier am 14. Mai, die aus einer an die griechische Mythologie angelehnten Tanz- und Ton-Show besteht, sowie das «Festspiel» zum 1. August (Text von Lukas Bärfuss!) – das sogenannte «Affentheater» – welches weitherum als Skandal angeprangert wird. Fazit: Die Expo.02 ist keine Landesausstellung, sondern ein Sammelsurium aus originellen bis absurden Ideen, unter denen aber wohl alle auch etwas Positives (zumindest die Militär-Käseschnitten) finden können.

Nun wird – neben dem Bundesrat und den meisten Parteien – auch der «vereinigte Asylfürsorgemarkt» aktiv: Die Schweizerische Flüchtlingshilfe, Caritas Schweiz, Amnesty International, das Schweizerische ArbeiterInnenhilfswerk, das Rote Kreuz, die Gruppe «Augenauf», die Demokratischen Juristen der Schweiz, der Schweizerische Katholische Frauenbund, «Solidarité sans Frontières», der Schweizerische Gewerkschaftsbund und zahlreiche Politiker, Kulturschaffende und Professoren, massiv unterstützt von Schweizer Fernsehen und der Ringier-Presse, malen den Teufel an die Wand mit der falschen Parole «Die humanitäre Schweiz wird abgeschafft!» und lancieren eine teure Kampagne mit Fernsehspots und mehrfarbigen zweiseitigen Zeitungsinseraten – bis hin zu ausgearbeiteten Predigten für Pfarrer.

*

Im Vorfeld der Abstimmung nimmt auch unsere **Regierungsrätin Rita Fuhrer**, welche die Direktion für Sicherheit und Soziales führt, unmissverständlich Stellung für die Initiative. In einem Interview vom 11. Oktober 2002 stellt sie fest: «Ich kritisiere die beschönigenden Zahlen und Aussagen, ob sie nun vom Bund oder von anderer Seite kommen. **In unserer Ausländer- und Asylpolitik ist einiges faul.** 90 Prozent der Asylsuchenden erfüllen die Voraussetzungen für eine Asylgewährung nicht. Zu vielen Gesuchstellern gelingt es nach einem negativen Asylentscheid, durch jahrelange Rechtsmittelverfahren und mit immer wieder neuen Gesuchen die Wegweisung zu verhindern. Wir müssen sicherstellen, dass wir unsere Mittel und



Kräfte für tatsächlich an Leib und Leben Bedrohte einsetzen. Auch die Kriminalität ist leider eine Tatsache.» Im Bericht des Regierungsrates, der unter der Federführung ihrer Direktion entstanden ist, steht: Bezogen auf die erwachsene Bevölkerung innerhalb der jeweiligen Kategorie beträgt der Anteil an

verurteilten Schweizern 0,8 Prozent, während er bei Ausländern 1,3 Prozent und bei Asylsuchenden sogar 7,8 Prozent ausmacht.

Heute sind wir bekanntlich so weit, dass die Asylsuchenden aufgrund der Asylgesetz-Revision von Frau Sommaruga sogar Anspruch auf einen Gratisanwalt haben. Zudem wird die Zahl der angeblichen Härtefälle und der «vorläufig» Aufgenommenen immer grösser, weil die Wegweisung der sogenannten «Vorläufigen» – trotz ihres definitiv abgelehnten Gesuchs – angeblich nicht möglich, nicht zumutbar oder nicht zulässig ist. In Bundesbern tut sich hier bis heute wenig bis nichts, und die Kosten explodieren – immer mehr zulasten der Gemeinden.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2021: Fr. 30.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Samstag, 11. September 2021

SVP-Akademie im Haus der Freiheit

Zukünftige Positionierung der Schweiz gegenüber der EU

Ist Anbieterung oder selbstbewusstes und eigenständiges Auftreten angesagt?

Fachreferat: Stephan Rietiker, Arzt und Unternehmer

Haus der Freiheit, Ebnet-Kappel/SG, 10.00–16.30 Uhr

Anmeldung obligatorisch, Teilnehmerzahl beschränkt

Anmeldung online an www.schweizerzeit.ch/akademie9

(Veranstaltung der SVP)

Mittwoch, 22. September 2021

Tagesausflug in die Schweizergeschichte

Morgarten – Schwyz – Altdorf – Silenen – Teufelsbrücke

Organisiert von der Schweizerzeit

Führungen: Jürg Stüssi-Lauterburg, Historiker

Fahrt mit bequemem Moser-Reisecar

Kosten: Fr. 150.– pro Person (inkl. Mittagessen)

Informationen und Anmeldung: www.schweizerzeit.ch

Büchertisch

BESTSELLER



Corona und das verzögerte Sterben

Chaospolitik und Kirchenversagen

Daniel Regli

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund: Immer klarer wird, dass die Entschiede der Bundesratsmehrheit und das kaltschnäuzige (Miss-)Management des Bundesamts für Gesundheit (BAG)

von Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und stolzer Sturheit geradezu strotzt.

Ortesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr. 15.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 13.50



Great Reset

Der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft

Dr. C.E. Nyder

Das Buch beleuchtet, was Klaus Schwabs Weltwirtschaftsforum mit dem von ihm ausgerufenen «Great Reset» anvisiert: Im Namen der international tonangebenden Classe politique, eng vernetzt mit der Funktionärselite internationaler Organisationen, wird die weltweite Zentralisierung von Wirtschaft und Staaten auf Kosten der Demokratie Schritt für Schritt umgesetzt.

Kopp, Rottenburg 2021, 384 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 32.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.25



16 Jahre Angela Merkel

Die Bilanz eines Zerstörungswerks

Dr. C.E. Nyder

Angela Merkel hinterlässt ein Land in tiefer Krise: Zwar Exportweltmeister – aber die daraus resultierenden Erträge ersaufen in den Milliarden-Zuschüssen an die dem marktuntauglichen Euro nicht gewachsenen EU-Mitglieder in Europas Süden. Meinungs-diktat untergräbt die Demokratie. DDR-Denken feiert eine Wiedergeburt.

Kopp, Rottenburg 2021, 288 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 28.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.–



Freiheit oder Untergang

Warum Deutschland jetzt vor der Entscheidung steht

Markus Krall

Noch ein Buch zum Ausscheiden Angela Merkels als Bundeskanzlerin. Merkel öffnete der Funktionärs-herrschaft Tor und Tür. Meinungs-diktat untergräbt die Demokratie. Krall, Verteidiger der Freiheit, will mit seinem Buch das Bekenntnis zum Eigentum, zur Familie, zu Religion und Kultur erneuern.

LMV, München 2021, 253 S., geb., (Richtpreis Fr. 29.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.90

AKTUELL



Politische Angst

Warum wir uns kritisches Denken nicht verbieten lassen dürfen.

Ulrich Teusch

Mittels skrupelloser Angst-mache-rei erfolgte in der Corona-Krise der Frontalangriff auf die Demokratie. Die Funktionärsbürokratie will sich mittels

Angst-Verbreitung den Weg an die Macht sichern. Ein brisantes Buch.

Westend, Frankfurt/M 2021, 147 S., brosch., (Richtpreis Fr. 22.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 20.60



Xi Jinping

Der mächtigste Mann der Welt

Stefan Aust / Adrian Geiges

Xi Jinping, Generalsekretär der kommunistischen Partei und Staats-präsident Chinas, lächelt immer. Aber zielbewusst kämpft er darum, China den Vorrang in Weltpolitik und Weltwirtschaft zu sichern. Man weiss wenig über ihn. Zwei ausgewiesene China-Experten versuchen unvoreingenommen, Xi Jinping so objektiv wie möglich einzuschätzen.

Piper, München 2021, 287 S., geb., (Richtpreis Fr. 30.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 27.80

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Tschudi

Mariam Kühsel-Hussaini

Hugo von Tschudi, gebürtiger Glarner, war Ende des 19. Jahrhunderts Direktor der Berliner Nationalgalerie. Er war ein nicht nur in Deutsch-

land, vielmehr weltweit anerkannter Kunstexperte. 1896 veranstaltete er – auch aus persönlicher Leidenschaft – in der Berliner Nationalgalerie eine weltweit bewunderte Ausstellung über die französischen Impressionisten – und geriet damit in Konflikt mit dem stur auf Nationalismus ausgerichteten deutschen Kaiser Wilhelm II. – beraten von allerhand Einflüsterern.

Der Roman über Tschudis Leben vermittelt nicht nur vielfältige, interessante kulturelle Begegnungen und Erkenntnisse. Eindringlich wird die Auseinandersetzung zwischen echter Kunst und blindwütiger Ablehnung wertvollsten Kulturschaffens aufgrund engstirniger Politik geschildert

Argon-Verlag, ungekürzte Autorinnen-Lesung, 2 MP3-CDs, Hördauer 628 Minuten (Richtpreis Fr. 35.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 32.30

Hörbücher: Bereichernde Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



«Wir schaffen das»

Erläuterungen zum politischen Wunschdenken

Thilo Sarrazin

Thilo Sarrazins politische Diagnosen haben Deutschland erschüttert – wofür Deutschlands Regierung den grossen Verlagen die verbindliche (und befolgte!) Weisung zur Totschweigung von Sarrazin und seinen Büchern verordnet hat.

In einem kleineren Verlag, dem LangenMüller-Verlag in München, konnte Sarrazins neuestes Buch immerhin erscheinen: Eine schonungslose Abrechnung mit all den Wandlungen, die Angela Merkel als Kanzlerin dem zuvor freiheitlichen Deutschland verordnet hat.

Sarrazin präsentiert zweifellos das wichtigste Buch zur Lage Deutschlands nach sechzehn Jahren Merkel.

us

Thilo Sarrazin: «Wir schaffen das – Erläuterungen zum politischen Wunschdenken». LMV, München 2021, 179 S., geb., (Richtpreis Fr. 26.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 24.20

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Daniel Regli – Corona und das verzögerte Sterben **à Fr. 13.50**
 Dr. C.E. Nyder – Great Reset **à Fr. 29.25**

Aktuell

- Ulrich Teusch – Politische Angst **à Fr. 20.60**
 Dr. C.E. Nyder – 16 Jahre Angela Merkel **à Fr. 26.—**
 Markus Krall – Freiheit oder Untergang **à Fr. 26.90**
 Stefan Aust/Adrian Geiges – Xi Jinping **à Fr. 27.80**

Hörbuch

- Miriam Kühsel-Hussaini – Tschudi **à Fr. 32.30**

Buchzeichen

- Thilo Sarrazin – «Wir schaffen das» **à Fr. 24.20**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(16/27.08.2021)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel-Nr.

Datum

Unterschrift



Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 27. August 2021

Magazin

Die Politik braucht mehr Macher!

Im Gespräch: Ulrich Schlüer und Matthias Gehring, Inhaber und VR SWISS LICHT AG und Gemeindepräsident Hauptwil-Gottshaus TG

Freitag, 3. September 2021

Magazin

Importierte Kriminalität

Ulrich Schlüer im Gespräch mit Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Schweizerzeit Aktuell



«Drama in Afghanistan»

Jetzt aktuelles Kurzvideo anschauen!

www.schweizerzeit.ch

Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

10. September 2021

Vaterlosigkeit per Gesetz?

Die Mainstream-Medien entfesseln in diesen Tagen ein regelrechtes Sperrfeuer mehr oder weniger versteckter Werbung für die «Ehe für alle». Am Laufmeter porträtieren sie sogenannte «Regenbogenfamilien», verknüpft mit der Aussage, dass es nicht so wichtig sei, ob ein Kind einen Vater und eine Mutter habe. Hauptsache, ein Kind werde geliebt – es mache also nichts, wenn Kindern mit der Samenspende für lesbische Paare per Gesetz der Vater vorenthalten werde.

Diese Publireportagen lassen den biologischen Fakt ausser Acht, dass Kinder stets die heterosexuelle Liebe verkörpern, weil sie immer das kombinierte Erbe ihrer Eltern repräsentieren. Ein Kind verkörpert seine biologischen Eltern und ist somit ein lebendiger Zeuge von deren Intimität und ein Träger der Identität früherer Generationen. Dasselbe ist für gleichgeschlechtliche Paare physisch schlicht unmöglich. Kein Mensch existiert als Ausdruck der Intimität einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft, weshalb die heterosexuelle und die gleichgeschlechtliche Partnerschaft sich grundlegend unterscheiden.

In Wirtschaft und Politik ist heute viel von «Diversität» und den Synergiepotenzialen die Rede, wenn Frauen und Männer ihre Fähigkeiten und tendenziell unterschiedlichen Sichtweisen im Berufsleben zueinander ergänzend einbringen können.

Bestens zum Ausdruck kommt diese Diversität in der Ehe zwischen Frauen und Männern, insbesondere in der gemeinsamen Elternschaft. So ist es für Kinder ein Gewinn, bei einem männlichen und weiblichen Elternteil aufzuwachsen und von deren Unterschiedlichkeit und gegenseitiger Ergänzung zu profitieren.

Erinnern wir uns: Im Abstimmungskampf zur Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubs schwärmten die Befürworter von der Bedeutung des Vaters für die Entwicklung von Kleinkindern: «Kinder brauchen beide Elternteile von Anfang an. Haben sie mehr als eine verlässliche und verfügbare Vertrauensperson, stärkt das ihr Bindungsvertrauen. (...) Kinder brauchen beide Eltern und haben gemäss UNO-Kinderrechtskonvention auch ein Recht darauf.»

Viele derjenigen Kreise, welche im Rahmen des Vaterschaftsurlaubs die wichtige Rolle des Vaters betont haben, verhalten sich in der Auseinandersetzung um die «Ehe für alle» auffallend still – und nehmen es wortlos hin, dass Kindern per Gesetz der Vater vorenthalten wird. Eine zutiefst widersprüchliche Haltung, welche die ideologische Motivation hinter der «Ehe für alle» aufzeigt.

Anian Liebrand

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,
Joël Thüring, Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–